BVMW-INTERN
Ökonomie-Briefing 2026/KW 12

20.03.2026

Inhaltsverzeichnis

1. KONJUNKTUR
- **Ifo-Prognose: Iran-Krieg dämpft Erholung**
- **Staatliche Investitionen steigen deutlich**
- **Produktion sinkt im Januar weiter**
- **Rückgang der Auftragseingänge im Januar**

2. UNTERNEHMEN
- **DATEV: Mittelstand stagniert leicht**
- **Firmenpleiten steigen im Februar an**
- **Rückzug aus dem US-Geschäft**
- **Mehr Chefinnen im deutschen Mittelstand**

3. POLITIK
- **Reiche lehnt schnellen Tankrabatt ab**
- **Regierung zweckentfremdet neue Schulden**
- **Kabinett beschließt Wirtschaftsschutzstrategie**
- **EU Inc.: Ein 28. Regime für den Binnenmarkt**

1. KONJUNKTUR

Ifo-Prognose: Iran-Krieg dämpft Erholung[1]

Das ifo Institut sieht die deutsche Wirtschaft im Jahr 2026 auf einem Erholungskurs. Dieser positive Trend wird maßgeblich durch höhere Staatsausgaben angestoßen. Allerdings bremst der Iran-Krieg diese Entwicklung spürbar ab. Deshalb prognostizieren die Forscher für dieses Jahr lediglich ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent.

Die Experten berechnen für ihre Vorhersage verschiedene Szenarien. Bei einer schnellen Deeskalation sinken die Rohstoffpreise bald wieder. Ein anhaltender Konflikt führt hingegen zu einer deutlich höheren Inflation. In diesem ungünstigen Fall steigen die Verbraucherpreise im Jahr 2026 um 2,5 Prozent.

Auch auf den Arbeitsmarkt wirkt sich die verzögerte Erholung aus. Die Zahl der Beschäftigten sinkt in diesem Jahr erneut. Erst im Jahr 2027 wird die Arbeitslosigkeit wieder spürbar zurückgehen. Die expansiven Staatsausgaben treiben zudem das Defizit auf 4,0 Prozent.

Staatliche Investitionen steigen deutlich[2]

Die staatlichen Investitionen wachsen laut dem Investitionsmonitor von KfW Research kräftig. Im Schlussquartal des Jahres 2025 stiegen die Ausgaben um 10 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Militärische Rüstungsgüter trieben diese Entwicklung maßgeblich an. Diese Ausrüstungsinvestitionen legten zum Jahresende sprunghaft zu.

Über das Jahr 2025 hinweg investierte die öffentliche Hand insgesamt 145 Milliarden Euro. Der Bau von staatlicher Infrastruktur entwickelte sich im Gegensatz zu den Rüstungsausgaben nur schwach. Bei den Auftragseingängen zeichnet sich noch kaum kräftige Dynamik der öffentlichen Bauinvestitionen ab. Die erforderlichen Projekte müssen laut den Experten erst noch in die Umsetzung kommen.

Für das Jahr 2026 erwartet die Förderbank spürbare Konjunkturbelebungen durch kräftig steigende Staatsausgaben. Der Bund plant erhebliche Steigerungen seiner investiven Ausgaben in diesem Zeitraum. Dafür hat die Regierung finanzielle Mittel im Umfang von rund 127 Milliarden Euro avisiert. Ausweitungen der tatsächlichen Sachinvestitionen könnten in der Praxis jedoch schwierig werden.

Produktion sinkt im Januar weiter[3]

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe zu Beginn des Jahres 2026 zurückgegangen. Im Januar sank die reale Herstellung um 0,5 Prozent im Vergleich zum Dezember 2025. Auch im direkten Vergleich mit dem Vorjahresmonat zeigt sich eine rein negative Entwicklung der industriellen Fertigung.

Besonders deutlich zeigte sich diese Abschwächung in den energieintensiven Industriezweigen. Hier ermittelten die Wiesbadener Statistiker einen Rückgang von 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat. Große Einbußen verzeichneten zudem die Hersteller von Metallerzeugnissen sowie die Pharmaindustrie. Lediglich die Energieerzeugung wuchs aufgrund der vielen Frosttage spürbar an.

[1] ifo (12.02.2026): ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2026.
[2] KfW Research (17.03.2026): Investitionsmonitor Deutschland – Frühjahr 2026.
[3] Destatis (09.03.2026): Produktion im Verarbeitenden Gewerbe (Januar 2026).

BVMW-INTERN

Das eisige Wetter wirkte sich gleichzeitig hemmend auf andere Teile der deutschen Wirtschaft aus. So musste der **Tiefbau starke Produktionsrückgänge** durch die winterlichen Bedingungen hinnehmen. Dennoch stieg die gesamte **Bauproduktion um 2,9 Prozent** in diesem Zeitraum an.

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe
Index (2021=100), kalender- und saisonbereinigt

Quelle: Destatis

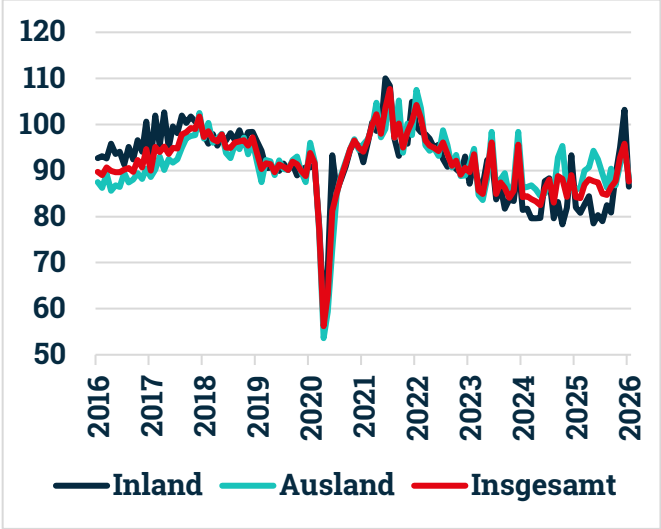
Rückgang der Auftragseingänge im Januar[4]

Das **Statistische Bundesamt** meldet einen deutlichen **Rückgang der Auftragseingänge** für die Industrie,. Im Januar 2026 sank die Nachfrage im **Verarbeitenden Gewerbe** spürbar um **11,1 Prozent**. Dieser Abwärtstrend folgt auf einen extrem starken Vormonat. Besonders fehlende Großaufträge verursachten diese aktuelle Schwäche.

Verschiedene Branchen verzeichnen nach den Rekorden vom Dezember 2025 nun eine Normalisierung. Vor allem Hersteller von **Metallerzeugnissen** erlitten erhebliche Einbußen bei den Bestellungen. Auch der traditionell starke Maschinenbau verbuchte spürbar weniger neue Aufträge. Dagegen freute sich die **Automobilindustrie** über einen Zuwachs von **10,4 Prozent**.

Der negative Trend betrifft sowohl das Inland als auch das Ausland. Die **inländischen Bestellungen** fielen dabei mit einem Minus von **16,2 Prozent** besonders schwach aus. Ausländische Kunden orderten insgesamt ebenfalls weniger Waren aus deutscher Produktion. Die Nachfrage aus der europäischen Währungsunion ging parallel dazu zurück.

Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe
Index (2021=100), kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Destatis

2. UNTERNEHMEN

DATEV: Mittelstand stagniert leicht[5]

Der DATEV Mittelstandsindex beleuchtet die aktuelle wirtschaftliche Lage der kleinen Betriebe. Demnach verzeichnen diese Unternehmen im Februar eine **leicht positive Umsatzentwicklung**. Gegenüber dem Vormonat steht ein bereinigtes Plus von **1,2 Prozent**. Allerdings profitieren Kleinstunternehmen kaum von dieser allgemeinen Erholung.

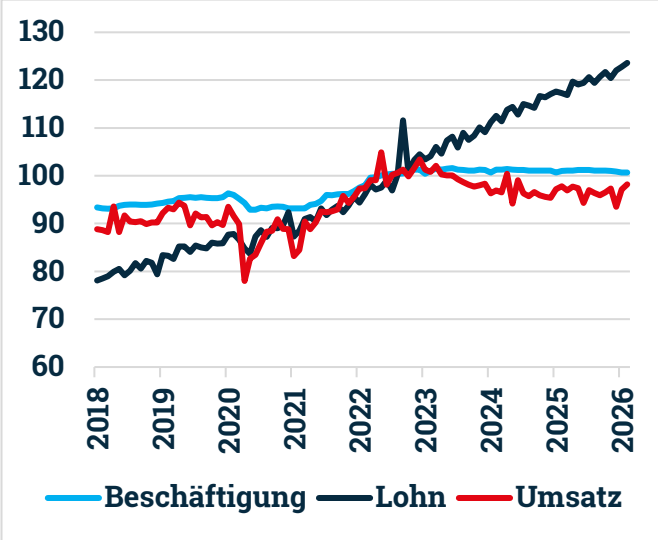
Die **Lohnentwicklung präsentiert sich deutlich expansiv**. Besonders das Gastgewerbe erlebt hierbei einen starken Anstieg der Ausgaben. Über alle Branchen hinweg wachsen die Löhne im Jahresvergleich um **5,4 Prozent**. Dabei verbuchen mittlere Betriebe die höchsten Zuwächse bei den Gehältern.

Im Gegensatz zu den Löhnen zeigt sich die **Beschäftigung eher verhalten**. Insbesondere das Baugewerbe leidet unter einem spürbaren Rückgang der Arbeitsplätze. Insgesamt sinkt der Beschäftigungsindex im Vorjahresvergleich leicht um **0,3 Prozent**. Eine **gezielte Entlastung der Unternehmen** ist aufgrund aktueller Unsicherheiten nun unabdingbar.

[4] Destatis (09.03.2026): Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar 2026).

[5] DATEV (19.03.2026): Mittelstandsindex (Februar 2026).

DATEV Mittelstandsindex
2022=100, kalender- und saisonbereinigt

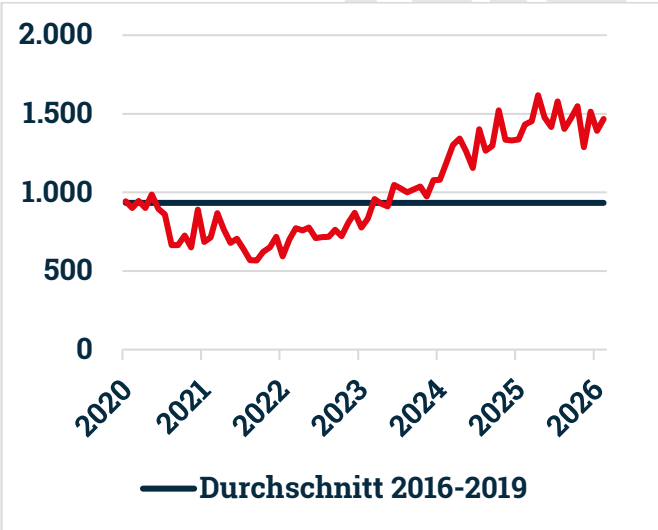


Quelle: DATEV

Firmenpleiten steigen im Februar an[6]

Das **Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle** verzeichnet aktuell einen Anstieg der Firmenpleiten. Im **Februar 2026** nahm die Zahl der Insolvenzen in Deutschland weiter zu. Die Fälle stiegen im Vergleich zum Vormonat um **5 Prozent** an. Diese Entwicklung verdeutlicht die anhaltend **angespannte wirtschaftliche Lage**.

IWH-Insolvenztrend
Absolute Zahlen



Quelle: IWH Halle

Diese Schließungen bedrohen vor allem die **Arbeitsplätze vieler Beschäftigter**. Allein bei den großen Unternehmenspleiten sind über **23000** Stellen direkt betroffen. Besonders hart trifft diese negative Entwicklung momentan die **Krankenhäuser und Kliniken**. Mehrere große **Gesundheitsdienstleister** meldeten zuletzt ihre Zahlungsunfähigkeit an.

Die Wirtschaftsforscher blicken für die kommenden Monate sehr **pessimistisch in die Zukunft**. Die erfassten Frühindikatoren zeigen aktuell einen **außergewöhnlich starken Anstieg**. Für das Frühjahr erwarten die Experten daher **weiterhin sehr hohe Insolvenzzahlen**. Das aktuelle Ausmaß übertrifft das Niveau vor der Pandemie deutlich **(um 58 %)**.

Rückzug aus dem US-Geschäft[7]

Laut aktuellen Daten von KfW Research leiden hiesige Betriebe massiv unter der amerikanischen Handelspolitik. Konkret spüren **über 50 Prozent der dort engagierten Firmen starke negative Auswirkungen**. Diese anhaltenden Unsicherheiten bremsen den transatlantischen Handel erheblich aus. Infolgedessen überdenken viele Unternehmer ihr ausländisches Engagement komplett.

Dieser Abwärtstrend spiegelt sich drastisch in den vorliegenden Firmenstatistiken wider. Im Jahr 2026 **unterhielten lediglich 11,3 Prozent der Mittelständler entsprechende Geschäftsbeziehungen**. Zuvor lag dieser Anteil in der deutschen Wirtschaft noch signifikant höher. Besonders der direkte Export bricht wegen der veränderten Rahmenbedingungen massiv ein.

Die rechtliche Situation bleibt für die betroffenen Exporteure weiterhin extrem undurchsichtig. Zwar stufte das **oberste amerikanische Gericht kürzlich zahlreiche Importzölle als rechtswidrig ein**. Dennoch plant die dortige Regierung umgehend **neue Einfuhrabgaben von 10 Prozent**. Diese **anhaltende politische Unberechenbarkeit** gefährdet das informelle Handelsabkommen zwischen der EU und den USA schwer.

Mehr Chefinnen im deutschen Mittelstand[8]

In Deutschland leiten wieder mehr Frauen kleine und mittlere Betriebe. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung von **KfW Research** für das Jahr 2025. Demnach liegt der **Anteil weiblicher Unternehmensspitzen** mittlerweile bei **16 Prozent**. Diese erfreuliche Entwicklung markiert eine **sichtbare Erholung** nach einem vorangegangenen Tiefstand.

Die meisten dieser Chefinnen sind im **Dienstleistungssektor** tätig. Insgesamt zählen **88 Prozent** der frauengeführten Betriebe zu diesem Wirtschaftszweig. Zudem lenken Frauen momentan

[6] IWH (10.03.206): IWH-Insolvenztrend (Februar 2026).
[7] KfW Research (15.03.2026): Viele Mittelständler ziehen sich aus dem US-Geschäft zurück.
[8] KfW Research (08.03.2026): Frauen als Führungskraft in jedem dritten Unternehmen im Mittelstand.

überwiegend **sehr kleine Firmen**. Ihre Repräsentanz in den Chefetagen größerer mittelständischer Unternehmen nimmt jedoch **langsam zu**.

Betrachtet man alle Hierarchieebenen, bleibt die **weibliche Präsenz** weiterhin ausbaufähig. Bundesweit werden rund **24 Prozent** aller Managementpositionen von weiblichen Fachkräften bekleidet. Im europäischen Vergleich weist der deutsche Standort damit einen eher **geringen Anteil** auf. Eine **steigende Erwerbsbeteiligung** von Frauen gilt als zentraler Hebel für künftige Verbesserungen.

3. POLITIK

Reiche lehnt schnellen Tankrabatt ab[9]

Laut einem **Handelsblatt**-Artikel reagiert **Wirtschaftsministerin Katherina Reiche** zurückhaltend auf neue Entlastungen bei den **Spritpreisen**. Sie lehnt Maßnahmen wie einen **Tankrabatt** oder eine **Übergewinnsteuer** vorerst ab. Die Regierung müsse Kosten und Nutzen immer genau abwägen. Ein unüberlegter Aktionismus sei knapp **20 Tage nach Kriegsbeginn** der falsche Weg.

Die Regierungskoalition hat bereits ein neues **Spritpreis-Gesetz** auf den Weg gebracht. Tankstellen sollen ihre Preise künftig nur **noch einmal täglich um 12 Uhr** erhöhen dürfen. Zudem plant die Politik eine deutliche Verschärfung des **Kartellrechts**. Einige Politiker halten bei anhaltend **hohen Preisen** jedoch weitere Markteingriffe für absolut möglich.

BVMW-Position

Der Schrei linker Politiker nach der Abschöpfung von Übergewinnen sollte **nicht darüber hinwegtäuschen**, dass die öffentliche Hand über die Mehrwertsteuer selbst an den erhöhten Tankstellenpreisen mitverdient. Senkungen der Mehrwertsteuer auf Kraftstoff wären attraktiv, werden aber **durch die EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie verunmöglicht**. Erfahrungen mit dem Tankrabatt von 2022 zeigen, dass Senkungen der Energiesteuer durch die Lieferkette weitergegeben werden[10]. Entsprechend sollte zur Entlastung von Verbrauchern und mittelständischen Spediteuren die Energiesteuer sofort gesenkt werden.

Regierung zweckentfremdet neue Schulden[11]

Das ifo Institut rügt die **Zweckentfremdung von 95 Prozent der Neuverschuldung** durch die Bundesregierung im Jahr 2025. Die aufgenommenen Mittel waren eigentlich für den **Ausbau der Infrastruktur vorgesehen**. Stattdessen nutzte die Politik die Gelder vorrangig zum **Stopfen von allgemeinen Haushaltslöchern**. Dadurch fehlen der Wirtschaft wichtige **langfristige Wachstumsimpulse durch zusätzliche staatliche Investitionen**.

Laut den Forschenden entstand eine **Investitionslücke von 23 Milliarden Euro**. Dieser Fehlbetrag resultiert aus einer **Kürzung der vorgesehenen Summen im Kernhaushalt**. Bisherige Ausgaben für den Verkehr wurden einfach **in das neue kreditfinanzierte Sondervermögen verschoben**. Die Experten fordern daher künftig zwingend **höhere tatsächliche Investitionsausgaben im regulären Bundeshaushalt**.

BVMW-Position

Verbandschef Christoph Ahlhaus warnte bereits frühzeitig vor der **Zweckentfremdung des 500-Milliarden-Schuldenpakets**. Der Bundesgeschäftsführer fordert nun **vollständige Transparenz über den tatsächlichen Verbleib** der aufgenommenen Mittel. Anstelle von buchhalterischen Verschiebungen benötigt der Standort Deutschland **echte Investitionen in die Infrastruktur**. Solche stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bilden die **Grundlage für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit**.

Sehen Sie hier die Videobotschaft zum Thema von Christoph Ahlhaus auf LinkedIn

Kabinett beschließt Wirtschaftsschutzstrategie[12]

Das Bundesministerium des Innern präsentiert eine umfassende Strategie zur **Erhöhung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit**. Der ganzheitliche Ansatz umfasst **drei Kernziele** zur Sicherung von Lieferketten und Innovationsprozessen. Dabei steht die enge **Zusammenarbeit von staatlichen Behörden und Privatwirtschaft** im Zentrum. Besonders kleine und mittlere Betriebe sollen durch **gezielte Präventionsangebote** besser vor Spionage geschützt werden.

Die Bundesregierung baut für diesen Zweck das **Lagebild zum nationalen Wirtschaftsschutz** systematisch aus. Zudem unterstützt das **Nationale Koordinierungszentrum für Cybersicherheit** betroffene Organisationen bei der betrieblichen Prävention. Diese staatlichen Maßnahmen helfen den Firmen unter anderem bei der Umsetzung der **europäischen NIS-2-Richtlinie**. Zusätzlich profitieren die Unternehmen von **einheitlichen Sicherheitsstandards**, welche zukünftig unnötige bürokratische Hürden abbauen sollen.

[9] Handelsblatt (19.03.2026): Reiche lehnt „Aktionismus" wegen hoher Spritpreise ab.
[10] ifo (14.06.2022): Ölkonzerne geben Tankrabatt zu 85 bis 100 Prozent weiter.
[11] ifo (17.03.2026): Regierung hat 95 Prozent der neuen Schulden für Infrastruktur im Jahr 2025 zweckentfremdet.
[12] Bundesregierung (18.03.2026): Widerstandsfähigkeit deutscher Unternehmen stärken.

BVMW-INTERN

BVMW-Position

Die Nationale Wirtschaftsschutzstrategie bietet dem Mittelstand vielfältige Werkzeuge, um sich in einer verschärften geopolitischen Lage zu schützen. Der Erfolg des Einsatzes dieser Werkzeuge wird jedoch **maßgeblicher davon abhängen, wie effizient die „aufsuchende Beratung" Unternehmen erreicht**, die bisher kaum oder gar keine Berührungspunkte mit Sicherheitsthemen hatten. Fest steht, dass die **Unternehmen in erster Linie selbst für ihre Resilienz verantwortlich sind**.

„EU-Inc.": Ein 28. Regime für den europäischen Binnenmarkt[13]

Die EU-Kommission hat Ende März 2026 einen Verordnungsvorschlag zur Einführung einer optionalen Rechtsform („EU Inc.") vorgelegt. Dieses 28. Regime soll **parallel zu den nationalen Rechtsordnungen bestehen**, um die grenzüberschreitende Skalierung von Unternehmen zu vereinfachen. Geplant ist eine **vollständig digitale Gründung innerhalb von 48 Stunden** bei maximalen Kosten von 100 Euro und einem Mindestkapital von einem Euro. Diese Rechtsform soll europaweit gelten. Brüssel reagiert damit auf die Fragmentierung des europäischen Binnenmarkts in Bereichen wie dem Gesellschafts- und Steuerrecht und **versucht so die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Innovatoren zu stärken**. Durch ein einheitliches Regelwerk könnten beispielsweise die Kosten für Rechts- und Compliance-Beratung beim Markteintritt in andere EU-Staaten massiv sinken.

BVMW-Position

Der BVMW begrüßt das „28. Regime" als **konsequenten Schritt zur Vollendung des Binnenmarkts**. Für eine echte operative Erleichterung muss jedoch eine rechtssichere, EU-weit einheitliche Interaktion mit dem nationalen Steuer- und Arbeitsrecht gewährleistet sein. Der aktuelle Ansatz einer Richtlinie – inklusive möglicher „Opt-outs" für Mitgliedstaaten – gefährdet diese notwendige Kohärenz. Zudem **muss das Regime allen Unternehmen offenstehen**: Eine Beschränkung auf Start-ups oder unzureichend definierte, als innovativ geltende Unternehmen liefe auf eine **Ungleichbehandlung zulasten des traditionellen Mittelstands** hinaus. Es gilt zudem zu diskutieren, wie ein zentrales digitales Register die hohen Transparenzstandards des deutschen Mittelstands auch auf EU-Ebene sichert.

Berlin, 20.03.2026

Gez.:

Jasper Lüke jasper.lueke@bvmw.de
Dr. Christoph Wiedenroth christoph.wiedenroth@bvmw.de
Dr. Hans-Jürgen Völz hans-juergen.voelz@bvmw.de

BVMW-INTERN

[13] Handelsblatt (18.03.2026): Schneller gründen und expandieren: „EU Inc." Soll helfen.